

Inhalt

ERSTER TEIL (BIS 1919):

VON HAMBURG NACH LÜBECK – UND WEIMAR	9
1. Herkunft und früher Werdegang von Johannes Stelling in Hamburg ...	11
2. Konfliktreiche Redakteurs-, Partei- und Gewerkschaftsjahre in Lübeck (1901–1907)	17
2.1 Information und Meinung in der Redaktionsarbeit – auch unter Strafandrohung	17
2.2 Im Umfeld des Reichstagswahlsiegs der Lübecker SPD 1903	22
2.3 Etablierte Redakteursjahre bis vor der Reichstagswahl 1907	27
2.4 Zuspitzungen: Vom Reichstags- zum Bürgerschaftswahlkampf 1907	43
2.5 Stelling als Ortsvorsitzender der Handels- und Transportarbeiter-Gewerkschaft	49
3. Stelling als politischer Journalist und Parlamentarier (1907–1914)	55
3.1 Redaktionelle Oppositionshaltung in Streitfragen der Reichsebene	56
3.2 Stellings Redebeiträge 1907–1914 in der Lübecker Bürgerschaft ..	66
3.3 Neue Polarisierung bis vor dem Reichstagswahlkampf 1911/12 ..	73
3.4 Politische Mobilisierung zur Reichstagswahl 1912	81
3.5 Keine Ruhe vor dem Sturm: Nahe dem Ersten Weltkrieg	93
4. Umbruchszeit: Krieg, Revolution, Weimarer Neubeginn (1914–1919)	107
4.1 Beginn des Ersten Weltkriegs und ein Jahr danach	107
4.2 Belastende Kriegsdauer und innersozialdemokratische Polarisierung 1915/16	116
4.3 Ausbleibender Frieden – nach der sozialdemokratischen Spaltung 1916/17	123
4.4 Das letzte Kriegsjahr und die verzögerte Neuorientierung 1917/18	129
4.5 Von der Revolution 1918/19 zur Weimarer Nationalversammlung	136

ZWEITER TEIL (1919–1924):

STELLINGS POLITISCHES WIRKEN IN MECKLENBURG-SCHWERIN 151

1. Landesinnenminister, Putschabwehr und Rückkehr

in die Opposition 1919/20	153
1.1 Die Wahl Stellings zum Innenminister Mecklenburg-Schwerins . . .	153
1.2 Zur Ausgangslage in Mecklenburg bis 1918	155
1.3 Die mecklenburgische SPD bis 1918/19	160
1.4 Startbedingungen für Stellings politische Tätigkeit als Innenminister	163
1.5 Versorgungsprobleme und innere Sicherheit	167
1.6 Die Ziele der Verwaltungsreform	169
1.7 Der Abfindungsvertrag mit der früheren großherzoglichen Familie	171
1.8 Versailler Vertrag und politische Radikalisierung im Lande	173
1.9 Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und der Abwehrstreik in Mecklenburg-Schwerin	176
1.10 Prekäre Konsolidierung nach dem Ende des Putsches	184
1.11 Die neue demokratische Verfassung Mecklenburg-Schwerins . . .	190
1.12 Reichstags- und Landtagswahlen am 6. und 13. Juni 1920	193
1.13 Die Regierungsbildung in Mecklenburg-Schwerin 1920	198
1.14 Die Minderheitsregierung Reincke-Bloch	200

2. Die Ära Stelling: Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin

1921–1924	208
2.1 Kabinett Stelling I	208
2.2 Landtagswahlen am 13. März 1921 und das Kabinett Stelling II . .	211
2.3 Die Innen- und Sicherheitspolitik	217
2.4 Die Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik	220
2.5 Demokratisierung der Verwaltung und Sozialpolitik	221
2.6 Die Siedlungspolitik	225
2.7 Grundzüge der Bildungspolitik	227
2.8 Die Auseinandersetzungen um die große Koalition in der SPD . .	231
2.9 Bruchstellen in der großen Koalition auf Landesebene	234
2.10 Die Verschärfung der innenpolitischen Situation 1923	239
2.11 Das umstrittene Kriegerdenkmal in Schwerin	243
2.12 Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz	245
2.13 Die Verbindungen zur Reichsebene	247
2.14 Politischer Absturz: Die Landtagswahl am 17. Februar 1924	250

DRITTER TEIL (1924–1933):

STELLUNG IM REICHSTAG, SPD-VORSTAND, „REICHSBANNER“

UND ALS SA-MORDOPFER DER „KÖPENICKER BLUTWOCHE“ 255

1. Berliner Jahre mit neuer Aufgabenvielfalt: 1924 bis 1927/28	257
1.1 Im Ausschuss des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ und im Parteivorstand der SPD	259
1.2 Als Parteisekretär im (Wahlkampf-)Einsatz	262
1.3 In der SPD-Reichstagsfraktion	265
1.4 Reichspräsidentenwahlen im März und April 1925	267
1.5 Neue Aufgabenfelder: Beamten-, Kommunal- und Agrarpolitik	270
1.6 Als Vertreter Oberschlesiens im Reichstag	277
1.7 Auf dem Parteitag von Heidelberg 1925: Berichterstatte des Parteivorstands	279
1.8 Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung 1926	283
1.9 Auf dem Kieler SPD-Parteitag 1927	285
2. Politisch erfolgreiche und umkämpfte Jahre 1928 bis 1930	290
2.1 Gauvorsitzender Berlin-Brandenburg des „Reichsbanners“ seit Januar 1928	290
2.2 Die Verfassungsfeiern	293
2.3 Totengedenken und weitere Aufgabenfelder	295
2.4 Das Ende des Kabinetts Marx und die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928	297
2.5 Die Regierung Müller 1928–1930	300
2.6 Vertreter in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale	302
2.7 Die Auseinandersetzungen um den Bau des Panzerkreuzers A . . .	303
2.8 Auf dem Magdeburger Parteitag 1929	305
2.9 Krisenbeginn: Das Ende der Regierung Müller	308
2.10 Übergang ins Präsidialsystem: Das Kabinett Brüning	311
3. Krisenzuspitzung von der Reichstagswahl 1930 bis vor der NS-Diktatur	315
3.1 Die Reichstagswahl im September 1930 und ihre Folgewirkungen	315
3.2 Tolerierungskurs der SPD und Herausforderung durch die Nationalsozialisten	317
3.3 Der Leipziger Parteitag 1931	323

3.4	Aufmarsch der extremen Rechten in Harzburg und Gründung der Eisernen Front	326
3.5	Reichspräsidenten- und preußische Landtagswahlen 1932	330
3.6	Rücktritt Brüning's, Kabinett Papen und Reichstagswahlen im Juli 1932	332
3.7	Der Rücktritt Stelling's als Gauvorsitzender und die Novemberwahl 1932	338
4.	Von der NS-„Machtergreifung“ bis zur „Köpenicker Blutwoche“	343
4.1	Die sog. Machtergreifung vom Januar bis Juni 1933	343
4.2	Abwehrfront von SPD und KPD gegen die Nazis?	347
4.3	Der Reichstagsbrand und die Reichstagswahl am 5. März 1933 ...	348
4.4	Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933	350
4.5	Zwischen Anpassung, Emigration und Widerstand	353
4.6	Die „Köpenicker Blutwoche“	359
5.	Fazit: Der politische Lebensweg von Johannes Stelling	370
	Verzeichnis der verwendeten Quellen und Literatur	375
	Abkürzungsverzeichnis	385
	Die Autoren	387
	Personenregister	388